

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch dieboten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. monatlich. Einzelhefte 10 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Anzeigenpreise: Die Doppeltage Raumzeit 20 Goldpfennig, die Zweifeltage Zeit der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die Dreifeltage Raumzeit 30 Goldpfennig, die Zweifeltage Zeit der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig, die Dreifeltage Raumzeit 40 Goldpfennig, die Zweifeltage Zeit der amtlichen Bekanntmachungen 80 Goldpfennig, die Dreifeltage Raumzeit 50 Goldpfennig, die Zweifeltage Zeit der amtlichen Bekanntmachungen 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Verlags- und Platzveränderungen werden nach Möglichkeit mitgeteilt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Garantie. Jeder Redaktionspruch ersticht, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen

Nr. 297. 83. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 20. Dezember 1924

Europa-Trust.

Zurzeit finden bekanntlich in Paris Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich statt. Nebenher gehen aber noch Verhandlungen ganz anderer Art, die sich zwischen deutschen, englischen, französischen, belgischen, italienischen und tschechischen Vertretern der Schwerindustrie abspielen. Bekanntlich führende Männer der deutschen eisenverarbeitenden Industrie, wie Bögel von Stinnes-Konzern, von Haumer von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und andere vertreten dabei Deutschland; Geheimrat Bücher, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, ist gleichfalls nach Paris gefahren.

Um was handelt es sich dabei? Die Beziehungen der Schwerindustrie in den europäischen Ländern sind nicht nur vom Gesichtspunkt der Konkurrenz aufzufassen, sondern sie gliedern sich vielfach nach dem Grundsatze der Arbeitsteilung. Um ein einfaches, ziemlich bekanntes Beispiel zu wählen: Deutschland hat seine Eisenerzgruben fast restlos eingebüßt, ist für seine eisenverarbeitende Industrie daher bis auf einen geringen Bruchteil auf den Import ausländischer Eisenerze angewiesen. Auf der andern Seite ist Frankreichs Schwerindustrie schon bei der Verbüttung des Eisenerzes, das ihr in weit über den Bedarf hinausreichendem Maße zur Verfügung steht, angewiesen auf den rheinisch-westfälischen Kohle wegen seiner außerordentlichen Reinheit. Das ergibt wirtschaftlich-organisatorische Beziehungen, die einer Regelung vor allem durch die Interessenten selbst bedürfen. Ähnlich z. B. mit der neuen italienischen Schwerindustrie, die modernster Art ist und weniger auf die Kohle als auf elektrischen Strom angewiesen bleibt. Eisenerze hat Italien überhaupt nicht; die einzige Gelegenheit nämlich, den Eisenerzberg der Alpino-Montan-Gesellschaft im Besitz zu behalten, ist gescheitert. Dafür verfügt Italien aber namentlich im Standorte seiner Zementindustrie (Oberitalien) über mehr wie ausreichende Quellen für die Stromerzeugung in den Alpengebirgen, deren Ausnutzung für diese Zwecke erst einen Bruchteil des hierfür möglichen darstellt.

Der Grundgedanke der Arbeitsteilung aber ist das Weizen des Trusts, der darin weit über das Kartell oder das Syndikat hinausgeht. Produktionsmäßig ist ein solcher Trust weit stärker produktionsfördernd als etwa ein Syndikat, in dem die Stärkeren doch immer auf die wirtschaftlich Schwächeren Rücksicht nehmen müssen. Ein solcher Trust ist ein Beispiel hierfür bildet die deutsche Kalkwirtschaft. Im Trust werden die kleinen wirtschaftlich mittelgroßen, genau wie bei der sogenannten vertikalen Industrielkonzentration nach dem Grundsatze größter wirtschaftlicher Ertrags und der weitestgetriebenen Arbeitsteilung durchorganisiert wird.

Was das große Publikum am Trust stößt, das ist eigentlich erst das zweite, nämlich die Ausschaltung der freien Wettbewerbs der früher in Konkurrenz miteinander stehenden Unternehmungen und die dadurch ermöglichte willkürliche Preisfeststellung durch den Trust. Nun ist diese zweite Erscheinung bekanntlich auch eine wesentliche Eigenschaft des Kartells und des Syndikats. Es ist bisher vergebens gewesen, sich dagegen sträuben zu wollen, daß seit Jahrzehnten schon alle Nationen, die über eine hochentwickelte Industrie verfügen, sich zu loseren oder festeren Formen von Kartellen und Syndikaten oder zum enggeschlossenen Trust zusammenschließen.

Die Bestrebungen der deutschen Schwerindustrie nach einer organisatorischen Auseinandersetzung mit der französischen datieren von dem Augenblick an, als durch den Sturz des Kabinetts Cuno der Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes eingeleitet wurde. Ist doch der Ruhrkampf vor allem dadurch veranlaßt worden, daß sich die deutsche Schwerindustrie weigerte, der französischen 30 bis 60 % ihrer Aktien anzuliefern. Der Widerstand war erfolglos und die Belastung mit den fünf Milliarden Industrieobligationen bringt die deutsche Wirtschaft an und für sich schon in starke Abhängigkeit vom Ausland. Die Produktion geht nun, wie angebeutet, über die staatlichen Grenzen hinweg; das gab den Anstoß, daß die Gedanken eines Stahltrustes gerade in einem Augenblick verhandelt werden und vielleicht Verwirklichung finden werden, da die beiden größten in Betracht kommenden Kontinentalmächte, Frankreich und Deutschland, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu regeln gewillt sind. Ursprünglich war überhaupt der ganze Gedanke ein kontinental-europäischer und daher zeigte sich in England eine große Beunruhigung wegen eines eventuellen organisatorischen Zusammengehens der deutschen und der französischen Schwerindustrie. Der Gedanke eines kontinental-europäischen Stahltrusts ist ja denn auch vorläufig fallen gelassen worden und hat sich in den einseitigen europäischen Umwandlungen, der naturgemäß in einen Gegensatz zur amerikanischen Schwerindustrie geraten muß. Da nun die organisatorischen Beziehungen ganz wesentlich von den politischen nicht nur, sondern vor allem von den gegenseitigen handelspolitischen Einstellungen der europäischen Staaten zueinander abhängig sind, sind die Verhandlungen der Schwerindustrie in Paris auch äußerlich mit den deutsch-französischen Handelsvertragsver-

Noch keine Entscheidung über die Kölner Räumung.

Paris, 19. Dezember. Der „Temps“ meldet scheinbar offiziös, daß die Vorkonferenz gestern entgegen den Meldungen aus anglo-amerikanischer Quelle keinerlei Entscheidungen über die Räumung von Köln getroffen hat. Der Vorkonferenz geben regelmäßig Berichte der Kontrollkommission zu. Gestern wurde ein Teilbericht des Generals Walsh, des Vorsitzenden der Kontrollkommission, zur Sprache gebracht. Der Bericht enthält Angaben über die Fabriksuche, über die Zusammenziehung der Reichswehr usw. Ein Schlussbericht liegt aber zurzeit noch nicht vor.

Curzon über die Räumung Kölns.

London, 19. Dezember. Auf eine Anfrage des Führers der Liberalen im Oberhause wegen der Räumung der Kölner Zone antwortete Lord Curzon für die Regierung. Er sagte, daß die Bedingungen für die Räumung des Rheinlandes im Versailler Vertrag festgelegt worden seien. Die Frage der Räumung Kölns betreffe nicht Großbritannien allein, daher könne die Regierung die Angelegenheit erst nach eingehender Beratung mit den Verbündeten behandeln. Vor allen Dingen hänge die Räumungsfrage davon ab, wie weit Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag erfüllt hat. In der Frage der Reparationen könne Deutschland seit Annahme des Dawes-Gutachtens kein Vorwurf gemacht werden. Mit den von Deutschland übernommenen militärischen Verpflichtungen verhalte es sich jedoch anders. Die Voraussetzung sei, daß die Verbündeten sich mit der Erfüllung dieser Verpflichtungen zufrieden erklärten. Jetzt hänge alles von dem Bericht der Interalliierten Kontrollkommission ab. Es sei ganz ausgeschlossen, daß der Bericht vor dem 10. Januar fertiggestellt sei, da die Arbeiten der Kontrollkommission in Deutschland durch den beständigen Widerstand behindert worden seien. Gleich nach Fertigstellung des Berichts würden die Verbündeten die Frage untersuchen, ob Deutschland seinen Verpflichtungen soweit nachkommen sei, daß die militärische Räumung begonnen werden könne. Die britische Regierung habe nicht das geringste Verlangen, die Befehung unnötig auszuweiden, da sie sich dessen bewußt sei, daß ein möglichst schnelles Ende der Befehung für Europa nur nützlich sein könnte.

Eine neue deutsche Note.

Berlin, 19. Dezember. Alle im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen, denen seinerzeit das deutsche Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mitgeteilt worden war, haben nunmehr geantwortet. Da diese Antworten auf einen der wichtigsten Punkte des Memorandums, nämlich auf die Frage der Beteiligung Deutschlands an kriegsgerichtlichen Zwangsmassnahmen des Völkerbundes noch keinerlei Klärung brachten, hat die Reichsregierung weitere Aufschlüsse über diesen Punkt verlangt. Zu diesem Zweck hat sie das Problem in einer Note an den Völkerbund klargestellt, die zugleich den Regierungen der Ratsmächte mitgeteilt worden ist. Das Memorandum und die Noten werden demnächst veröffentlicht.

handlungen dadurch verknüpft, daß der Führer der deutschen amtlichen Delegation für den Handelsvertrag, Geheimrat Trendelenburg, an der gemeinsamen Beratung der Schwerindustrie teilgenommen hat und ausdrücklich erklärte, daß an irgendwelche Abmachungen außerhalb des Handelsvertrages, etwa auf Kosten der deutschen Verbraucher, nicht zu denken ist. Ein eigenmächtiger Abschluß der deutschen Schwerindustrie ohne die Genehmigung der Regierung sei ausgeschlossen.

Das ganze Experiment ist aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch interessant. So hat in den letzten Jahren die Wirtschaft maßgeblichen Einfluß auf die politische Entwicklung ausgeübt, daß man sich nun dem Schluß kaum verlagern kann, daß ein europäisch-wirtschaftliches Zusammenarbeiten nicht ohne Folgen auf die politischen Beziehungen der Nationen bleiben kann, ohne daß man deshalb gleich von einem „Panuropa“ zu träumen braucht.

Kabinettsverhandlungen durch Marx

Berlin, 18. Dezember.

Wie vorausgesetzt wurde, hat der Reichsaußenminister Dr. Stresemann das ihm durch den Reichspräsidenten gemachte Angebot, die Regierung zu bilden, abgelehnt. Stresemann soll bei der Unterhaltung mit dem Reichspräsidenten diesen empfohlen haben, den bisherigen Reichskanzler Marx wieder mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Heute empfing der Reichspräsident zuerst den Führer der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Leicht, und später den Reichskanzler Marx, mit dem er längere Zeit die durch die Beschlüsse der Fraktionen geschaffene neue Lage besprach. Im Anschluß daran begab sich Reichskanzler Marx in den Reichstag, um dort mit den Parteiführern über die nunmehr zweckmäßig zu treffende Entscheidung Mitteilung zu nehmen.

Der bisherige Reichskanzler Marx hat, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, keinen direkten Auftrag zur Bildung einer Regierung erhalten, noch viel weniger einen solchen Auftrag übernommen. Er hat vielmehr nur die Aufgabe durch Verhandlungen mit den Parteiführern festzustellen, welche Möglich-

keiten für eine parlamentarische Regierungs- und Mehrheitsbildung vorhanden sind.

Loebe zum Reichstagspräsidenten vorgeschlagen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 19. Dezember. Die „Vossische Zeitung“ meldet: Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, den Anspruch der stärksten Fraktion auf die Benennung des Reichstagspräsidenten zu erheben und dafür wieder den Abg. Loebe vorzuschlagen.

England und die albanische Frage.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 19. Dezember. Auf eine Anfrage im Unterhause über die Lage in Albanien erwiderte der Außenminister Chamberlain, daß die britische Regierung sich der Gefahr voll bewußt sei, die durch die Unruhen in Albanien heraufbeschworen werden könnten. Es würden alle Maßnahmen zur Lokalisierung der Unruhen getroffen werden. Während seiner Anwesenheit in Rom habe er sowohl von der italienischen als auch von der jugoslawischen Regierung Zusicherungen in gleichem Sinne erhalten.

Drei italienische Zerstörer nach Albanien entsandt

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Rom, 19. Dezember. Die italienische Regierung hat je einen Zerstörer nach Stutari, Giovani und Medua entsandt, um für alle Fälle die Verbindung mit Italien aufrecht zu erhalten. Die Lage wird nicht für besorgniserregend angesehen. Die albanische Gesandtschaft in Rom stellt eine revolutionäre Bewegung in Abrede und behauptet nach wie vor, daß die Wirren von jugoslawischen Grenzorten ausgehen. Die Meinung der Einnahme Balonas sei tendenziös.

Zirpij Ehrenvorsitzender der Deutschnationalen.

Als erster Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei ist bekanntlich der Abgeordnete Schiele gewählt worden. Als Stellvertreter wurden bestellt die Abgeordneten Bruhn, v. Goldacker, Kippel und Schulz-Bromberg. Den Ehrenvorsitz der deutschnationalen Fraktion hat Herr v. Zirpij übernommen. Bei der Wahl des Reichstagspräsidenten wird die Fraktion voraussichtlich wieder für Wallraf stimmen, während die Sozialdemokraten Loebe präsentieren werden.

Deutschland und Abrüstungskonferenz

Genf, 18. Dezember.

Wie zuverlässig gemeldet wird, hat Deutschland die Einladung des Völkerbunds zur Teilnahme an der internationalen Konferenz, die im Mai nächsten Jahres zur Prüfung der Frage der Waffen- und Munitionstransportkontrolle zusammengetreten wird, angenommen. Da auch die amerikanische Regierung ihre Teilnahme an der Konferenz bereits zugesagt hat, wird die Tagung im Mai von besonderer Bedeutung sein.

Das Urteil im Saarmann-Prozeß.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Hannover, 19. Dezember. Heute vormittag 1/11 Uhr wurde Fritz Saarmann vom hiesigen Schwurgericht wegen Mordes in 24 Fällen 24 mal zum Tode verurteilt. Hans Gram wurde wegen Anstiftung zum Morde in einem Falle ebenfalls zum Tode, sowie wegen Beihilfe zum Morde noch zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Den beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen.